

19/2021 2. DEZEMBER

- 3 **Verteilung** Unterschätzter Reichtum
- 4 **Europa** Investieren für den Neustart
- 5 **Öffentliche Investitionen** Deutschland muss klotzen
- 6 **Gleichstellung** Frauen kommen in der Coronakrise zu kurz
- 7 **Arbeitswelt** Im Corona-Stress

UNTERNEHMENSMITBESTIMMUNG

Eingefrorene Rechte

Die Europäische Aktiengesellschaft wird häufig genutzt, um Mitbestimmung der Beschäftigten im Aufsichtsrat zu umgehen. In Deutschland betrifft das vier von fünf Unternehmen mit dieser Rechtsform. Es ist an der Zeit, die Gesetzeslücken zu schließen.

Seit 20 Jahren gibt es in der EU die Europäische Aktiengesellschaft (SE). Seit gut zehn Jahren steigt die Zahl der Unternehmen mit dieser Rechtsform stetig an, gerade in der Bundesrepublik. Mehr als die Hälfte der operativ tätigen SE in der EU haben ihren Sitz in Deutschland. Etliche von ihnen sind fast nur im Inland aktiv, obwohl die SE eigentlich dazu dienen sollte, grenzüberschreitend tätigen Unternehmen die Arbeit zu erleichtern. Für das Arbeitnehmerrecht auf Mitbestimmung ist die SE in Deutschland zu einem großen Problem geworden, zeigt eine Analyse des I.M.U. „Schwächen in der Gesetzgebung lassen es zu, die SE als Vehikel zur Mitbestimmungsvermeidung zu missbrauchen“, sagt Daniel Hay, wissenschaftlicher Direktor des I.M.U. Immerhin hätten die Parteien der Ampelkoalition in ihrem Koalitionsvertrag erklärt, dass sie die „missbräuchliche Umgehung geltenden Mitbestimmungsrechts verhindern wollen“. Daran müsse sich die neue Regierung – nicht nur im Zusammenhang mit der SE – messen lassen. Mitbestimmungsrechte sollten unabhängig von der Rechtsform eines Unternehmens gelten, so Hay.

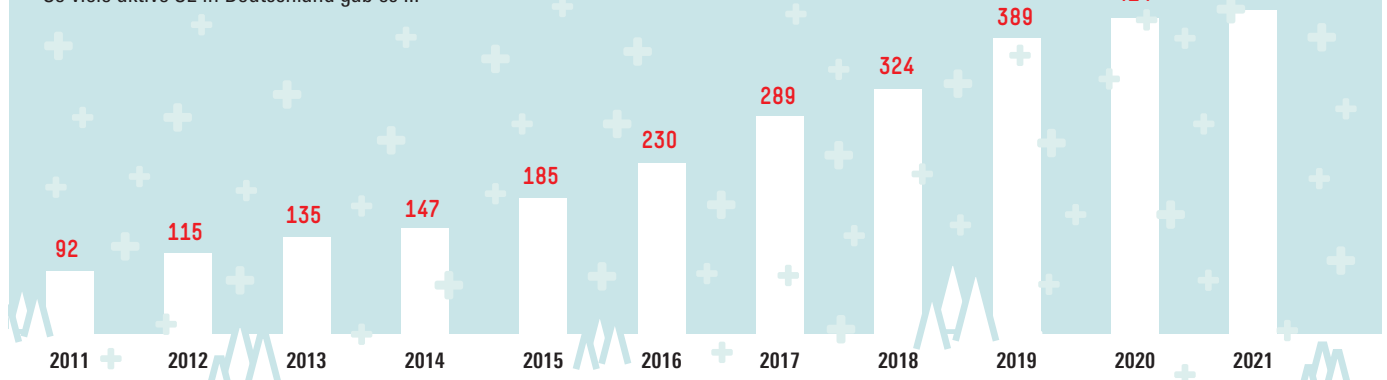
Von den 424 im Juli 2021 aktiven deutschen SE haben 107 mehr als 2000 Beschäftigte im Inland. Wären sie Aktiengesellschaften (AG) nach deutschem Recht, könnten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nach dem Mitbestimmungsgesetz zahlenmäßig paritätisch mitentscheiden – so wie in den aktuell 211 deutschen AG mit mehr als 2000 Beschäftigten im Inland. Doch tatsächlich verfügen nur 21 der 107 großen SE über Aufsichtsräte, in denen zur Hälfte Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten sitzen. Vier von fünf großen SE vermeiden also paritätische Beteiligung im Aufsichtsrat. Davon sind aktuell mehr als 300 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen, die Tendenz ist seit Jahren steigend.

Mitbestimmung wird „eingefroren“

Anders als bei einer deutschen AG oder GmbH, deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab 501 beziehungsweise 2001 inländischen Beschäftigten ein Drittel beziehungsweise die Hälfte der Sitze im Aufsichtsrat zustehen, finden die deutschen Mitbestimmungsgesetze auf die > > >

Europäische Aktiengesellschaft: Stetiger Zuwachs

So viele aktive SE in Deutschland gab es ...

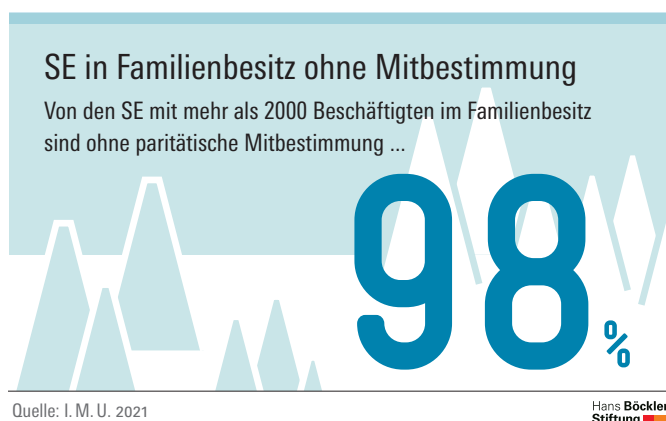


operativ tätige Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten, Quelle: I. M. U. 2021

SE bisher keine Anwendung. Hier gilt: Der zum Zeitpunkt der SE-Gründung festgelegte Mitbestimmungsstatus bleibt für immer. Wachsende Unternehmen, die Arbeitnehmerbeteiligung verhindern wollen, firmieren deshalb häufig dann in eine SE um, wenn sie sich den einschlägigen Schwellenwerten bei den Beschäftigtenzahlen nähern. Geschieht das beispielsweise bei bis zu 500 Beschäftigten im Unternehmen, wenn noch kein Anspruch auf Beteiligung im Aufsichtsrat besteht, kann dieser Zustand dauerhaft festgeschrieben werden, egal, wie groß das Unternehmen später noch wird. Fachleute bezeichnen dieses Vorgehen auch als „Einfrieren“. Bei den 21 SE, die aktuell paritätisch mitbestimmt sind, handelt es sich ganz überwiegend um große Unternehmen, die schon vor der Umwandlung in eine SE einen paritätisch besetzten Aufsichtsrat hatten, oder um Tochtergesellschaften sehr großer paritätisch mitbestimmter Unternehmen. Einige EU-Staaten beugen dem „Einfrieren“ bereits gesetzlich vor. Auch die neue Bundesregierung will das Problem angehen. Im Koalitionsvertrag heißt es, dass „vollständige Mitbestimmungsvermeidung beim Zuwachs von SE-Gesellschaften“ künftig verhindert werden soll.

Viele Mitbestimmungsvermeider in Familienhand

Besonders verbreitet ist die Vermeidung von Mitbestimmung laut der I.M.U.-Analyse in Unternehmen, die die europäische Rechtsform SE nutzen, obwohl sie ausschließlich oder überwiegend im Inland tätig sind. Dazu zählt beispielsweise die Sicherheits-, Reinigungs- und Leiharbeitsfirma Kötter Services. Auch große Unternehmen in Familienhand firmieren sehr häufig als SE und umgehen Mitbestimmung, etwa Deichmann oder Sixt. Außerdem fallen oft große SE aus den Bereichen Gesundheit und Wohnungswirtschaft als Mitbestimmungsvermeider auf.

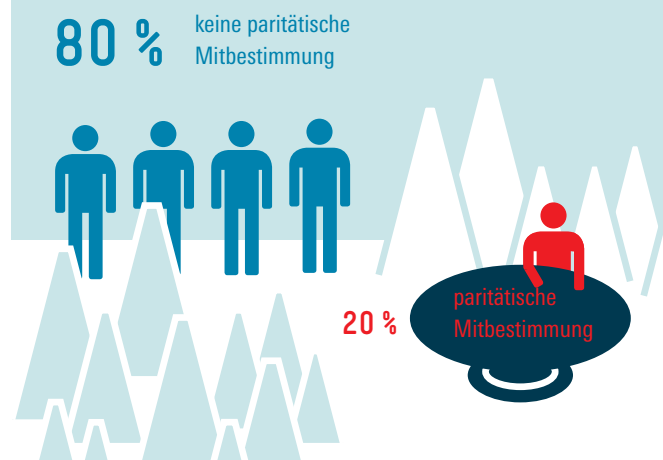


Beispiele sind Schön Klinik, Alloheim Senioren-Residenzen, Vonovia oder Deutsche Wohnen.

Unter börsennotierten Unternehmen gibt es ebenfalls eine Reihe von Mitbestimmungsvermeidern. Von den 40 Unternehmen im Dax firmieren 14 als SE. Lediglich 4 davon – Allianz, BASF, Eon und SAP – haben einen paritätisch mitbestimmten Aufsichtsrat. Bei allen anderen ist nach der I.M.U.-Analyse eine geringere oder sogar gar keine Mitbestimmung im Aufsichtsrat dauerhaft festgeschrieben, egal wie groß sie noch werden. Beispiel Vonovia: Der

Vier von fünf vermeiden Mitbestimmung

Von den SE mit mehr als 2000 Beschäftigten in Deutschland haben ...



Quelle: I. M. U. 2021

Hans Böckler Stiftung

Wohnungskonzern mit gut 10 000 Beschäftigten hat keinerlei Beschäftigtenmitsprache im Aufsichtsrat. Beispiel Zalando: Dort haben Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten lediglich ein Drittel der Sitze, weil der Onlinehändler die Umwandlung zur SE kurz vor Erreichen des Schwellenwerts von 2000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgeschlossen hat.

Ohne paritätische Mitbestimmung keine Frauenquote

Das bedeutet auch: Bei 10 der 14 SE im wichtigsten deutschen Börsenindex gilt die verbindliche Geschlechterquote für Aufsichtsrat und Vorstand nicht. Denn das entsprechende Gesetz bezieht sich allein auf Unternehmen, die paritätisch mitbestimmt sind. Zusätzlich zum Problem der Mitbestimmungsumgehung laufe dies dem gesetzgeberischen Ziel zuwider, Gleichstellung zu fördern, erklärt Sebastian Sick, I.M.U.-Experte für Unternehmensrecht und Mitglied der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex. <

Quelle: Felix Gieseke, Fokko Misterek, Sebastian Sick: 20 Jahre Europäische Aktiengesellschaft, 4 von 5 großen SE vermeiden paritätische Mitbestimmung, Mitbestimmungsportal der Hans-Böckler-Stiftung, November 2021 [Link zur Studie](#)



MEHR HÖREN

I.M.U.-Direktor Daniel Hay erklärt im Podcast, wie Unternehmen die Mitbestimmung umgehen, wie löchrige Gesetze ihnen dabei helfen und was die Politik dagegen tun kann.

<https://www.imu-boeckler.de/de/podcasts-34761-daniel-hay-unternehmensmitbestimmung-35473.htm>

Unterschätzter Reichtum

Das reichste Hundertstel der deutschen Haushalte verfügt nach den üblichen Statistiken über etwa zwei Billionen Euro. Tatsächlich könnten es dreieinhalb Mal so viel sein.

Die Frage, wie reich die Superreichen wirklich sind, ist statistisch schwer zu beantworten. In Staaten wie Deutschland, die mangels Vermögenssteuer oder Registerdaten über keine amtlichen Vermögensstatistiken verfügen, behilft sich die Ungleichheitsforschung damit, Daten aus Umfragestudien mit journalistischen Reichenlisten zu kombinieren. Doch selbst die modernsten ökonometrischen Methoden dürften nicht dafür ausreichen, die Vermögen der Reichsten „akkurat, geschweige denn vollständig abzubilden“, so der Bamberger Wirtschaftsprofessor Mishaël Milaković und sein Kollege Jan Schulz, Mitglied eines Promotionskollegs der Hans-Böckler-Stiftung, die in der Fachzeitschrift „Review of Income and Wealth“ einen aktuellen Beitrag zum Thema veröffentlicht haben.

Die Superreichen schweigen über ihr Vermögen

Die Schwierigkeiten bei der Erfassung des Reichtums liegen den Wissenschaftlern zufolge vor allem in der Natur von Umfragen begründet. „Deren Stichprobengrößen in Kombination mit gut dokumentierten Effekten sozialer Erwünschtheit machen es äußerst unwahrscheinlich, dass die Reichsten mit ihrem Vermögen überhaupt Berücksichtigung finden.“ Das betreffe selbst groß angelegte Befragungen wie das Sozio-oekonomische Panel (SOEP).

Nach Berechnungen der Bamberger Forscher sind es zwar nur 0,1 bis 0,4 Prozent der Vermögenden an der äußersten Spitze, die im SOEP systematisch nicht erfasst werden.

Durch die extreme Vermögenskonzentration haben diese winzigen Anteile jedoch massive Auswirkungen auf das geschätzte Gesamtvermögen: Ohne statistische Korrekturen belief sich das geschätzte Gesamtvermögen der reichsten fünf Prozent der Deutschen 2012 – dem letzten Jahr, für das im SOEP verwertbare Vermögensdaten vorliegen – auf ungefähr 2,9 Billionen Euro, tatsächlich dürften es aber eher 8 Billionen gewesen sein. Beim obersten Prozent wächst das Vermögen sogar um das Dreieinhalbfache von etwa 2 auf 7 Billionen.

Auch die öffentlich breit diskutierten Kennzahlen zur Vermögensungleichheit wie der Vermögensanteil des obersten Prozents am Gesamtvermögen wären demnach „viel zu niedrig gegriffen und die Vermögensungleichheit in Deutschland damit weit größer als bisher vermutet“. <

Quelle: Jan Schulz, Mishaël Milaković. How Wealthy Are the Rich?, Review of Income and Wealth, Oktober 2021 [Link zur Studie](#)

Wie sich Reichtum schätzen lässt

Die durch Umfragen oder journalistische Recherchen zu superreichen Einzelpersonen gewonnenen Vermögensdaten sind unzulänglich. Auch reicht es nicht, die Kurve, die sich aus dem statistisch noch relativ gut erfassten Anstieg des Vermögens von Millionär zu Millionär ergibt, einfach nach oben zu verlängern. Denn die internationale Ungleichheitsforschung zeigt, dass die Sprünge von Person zu Person oder Haushalt zu Haushalt am oberen Ende immer größer werden. Solche Zusammenhänge lassen sich immerhin durch bestimmte mathematische Funktionen beschreiben. Die Analysen von Schulz und Milaković basieren auf Potenzgesetzen, die eine sogenannte Zipf-Verteilung abbilden und mit denen sich die Vermögen der Superreichen schätzen lassen. **Nach diesem Schema besitzt die reichste Person doppelt so viel wie die zweitreichste, drei Mal so viel wie die drittreichste und so weiter.** „Diese extreme Konzentration unterstreicht auch die Notwendigkeit, das höchste Vermögen korrekt zu erfassen: Wird dieses, wie in Umfragestudien, unterschätzt oder nicht berücksichtigt, setzt sich der Messfehler über die gesamte Verteilung nach unten fort und verstärkt sich. Wer das Gesamtvermögen richtig erfassen will, muss also auf das Spitzenvermögen schauen“, so die Forscher. <



Investieren für den Neustart

Viele Jahre lang wurde in Europa mehr Wert auf Sparen als auf Investieren gelegt. Nun ist der Nachholbedarf groß. In den kommenden Jahren sind massive Investitionen nötig.

Europa steht vor großen Herausforderungen: Die Folgen der Coronakrise müssen bewältigt, die Transformation hin zu mehr Klimaschutz und Digitalisierung eingeleitet werden. Dazu sind europaweit große Investitionen nötig. Die Fehler der Vergangenheit – etwa im Zuge der europäischen Schuldenkrise – dürfen sich nicht wiederholen. Zu diesem Schluss kommen Ökonominen und Ökonomen der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Über lange Zeit haben die EU-Staaten das Thema vernachlässigt. Im Jahr 2016 steckten sie im Schnitt nur 2,8 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Investitionen, was dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren entsprach. Seitdem hat sich die Quote kaum verbessert – im Jahr 2020 betrug sie 3,3 Prozent. Besonders schwach fielen die staatlichen Investitionen in Südeuropa aus, wo sie in den Jahren nach der Schuldenkrise bis auf 1,2 Prozent des BIP sanken. Verantwortlich dafür waren vor allem die Sparmaßnahmen, die Ländern wie Griechenland oder Portugal abverlangt wurden. Sie erwiesen sich in doppelter Hinsicht als schädlich: Die drastische Kürzung öffentlicher Investitionen ließ das Wirtschaftswachstum einbrechen. Da in der Folge auch private Investitionen ausblieben, ist der Rückstand in vielen Bereichen nun umso größer, was am Verfall der Infrastruktur oder an Lücken bei der Daseinsvorsorge sichtbar wird. Die Berechnungen der EIB zeigen, dass die Effekte der Sparpolitik selbst nach Jahren deutlich ausgeprägt sind: Sieben Jahre nach Beginn der Haushaltskonsolidierung liegen die staatlichen Investitionen in der EU gemessen am BIP immer noch um 0,5 Prozentpunkte niedriger als zuvor, was einem Rückgang von 14 Prozent entspricht.

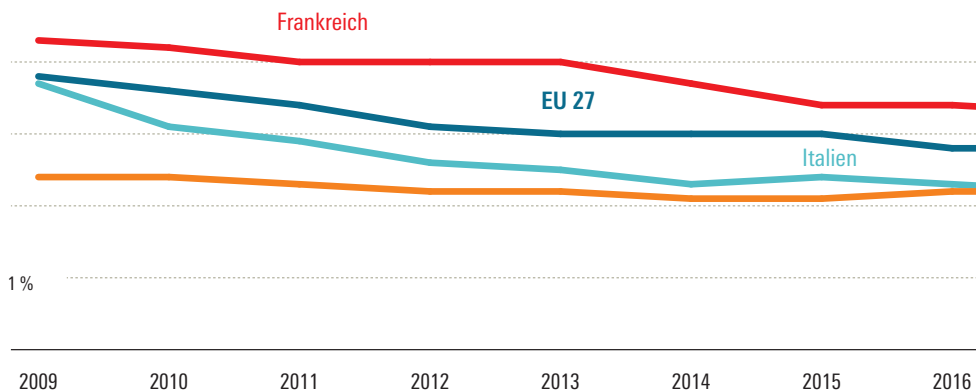
Milliarden für Klimaschutz und Digitalisierung

Inzwischen hat sich die Erkenntnis weitgehend durchgesetzt, dass es nicht funktioniert, sich aus einer Krise heraus zu sparen. Das zeigt auch die Reaktion auf den wirtschaftlichen Einbruch infolge der Coronakrise. Die nationalen Maßnahmen und die Konjunkturprogramme auf EU-Ebene legen den Schwerpunkt stark auf öffentliche Investitionen. Allein der 2020 beschlossene europäische Aufbauplan stellt den Mitgliedstaaten Zuschüsse und Darlehen in Höhe von rund 670 Milliarden Euro zur Verfügung, finanziert durch von der Kommission herausgegebene Anleihen. Die Mittel sind dafür gedacht, Europa besser aufzustellen für die Zukunft, vor allem sollen Klimaschutz und Digitalisierung gefördert werden. Insgesamt dürften die öffentlichen Investi-

tionen der EIB-Analyse zufolge EU-weit zwischen 2021 und 2023 im Schnitt auf 3,5 Prozent des BIP steigen. Doch auch das kann nur ein Anfang sein. Nach Angaben der EU-Kommission sind bis 2030 im Vergleich zum vorangegangenen Jahrzehnt jährlich rund 350 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen erforderlich, wenn die Klima- und Energieziele erreicht werden sollen.

Deutschland investiert zu wenig

Der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt betrug in ...



Quelle: Eurostat 2021

„Die Regierungen haben ihre Lektion gelernt, was überstürzte Haushaltskonsolidierungen anrichten können“, schreiben die EIB-Expertinnen und Experten. Offenbar solle diesmal investiert werden, statt zu sparen. Doch die Bereitschaft, Geld auszugeben, reiche allein nicht aus. Um erfolgreich zu sein, müssten öffentliche Investitionsprogramme genau überwacht und bewertet werden. Entscheidend sei, konkrete Projekte zu definieren, die ohne öffentliche Unterstützung nicht realisiert würden. Außerdem sollten die Programme begleitet werden von Strukturreformen, die zusätzliche private Investitionen erleichtern.

Die Finanzierungsbedingungen seien aktuell günstig, da die Zinsen auch dank der Intervention der Europäischen Zentralbank weiterhin außerordentlich niedrig sind. Wenn das nominale BIP-Wachstum den nominalen Zinssatz übersteigt, könnten sich die EU-Staaten moderate Defizite leisten – und gleichzeitig die teils hohen Schuldenquoten stabilisieren oder sogar senken. Allerdings dürfe die Gelegenheit nicht verspielt werden. Die Bedingungen könnten sich – etwa bei anhaltend hoher Inflation und steigenden Zinsen – schnell verschlechtern. <

Quelle: Andrea Brasili u.a.: Public Investment in the Pandemic – Europe at a Glance, in: Floriana Cerniglio, Francesco Saraceno, Andrew Watt (Hrsg.): The Great Reset, European Public Investment Outlook 2021, Cambridge, Open Book Publishers, November 2021 [Link zur Studie](#)

Deutschland muss klotzen

Bei den öffentlichen Investitionen klafft hierzulande eine große Lücke. Die zusätzlichen Ausgaben im Rahmen der Corona-Krisenpolitik können den Rückstand nicht wettmachen.

Das deutsche Gemeinwesen zehrt von seiner Substanz: Die staatlichen Bruttoinvestitionen waren in den vergangenen zwei Jahrzehnten überwiegend niedriger als die Abschreibungen. Darauf weisen Katja Rietzler und Andrew Watt in einer aktuellen Analyse hin. Die IMK-Ökonomin und ihr Kollege kommen zu dem Schluss, dass auch die geplanten Mehrausgaben in den kommenden Jahren bei

arden Euro, den das IMK 2019 gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft für die kommenden zehn Jahre veranschlagt hat. Zudem seien rund 10 Milliarden für ohnehin geplante Projekte vorgesehen, die lediglich vorgezogen werden. Hinzu komme, dass die Umsetzung in manchen Bereichen ziemlich schleppend verläuft: Von den 7 Milliarden Euro, die für die nationale Wasserstoffstrategie eingeplant sind, dürften bis Ende 2021 nur 600 Millionen Euro ausgezahlt werden. Allerdings seien indirekte positive Effekte durch bestimmte Maßnahmen zu erwarten: Dass der Bund 2020 gemeinsam mit den Ländern die Mindereinnahmen der Kommunen bei der Gewerbesteuer ausgeglichen und seinen Anteil an den Wohn- und Heizkostenzuschüssen für Empfängerinnen und Empfänger von Hartz-IV erhöht hat, dürfte den Gemeinden mehr Spielraum für Investitionen verschafft haben.

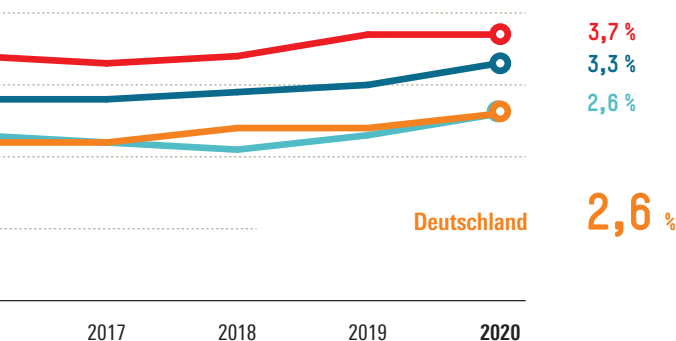
EU-Aufbaufonds:

Vor allem die Automobilindustrie profitiert

Das Volumen des „Deutschen Aufbau- und Resilienzplans“, der die Verwendung der Mittel aus dem EU-Aufbaufonds festschreibt, sei mit insgesamt 25,6 Milliarden Euro oder weniger als 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschaubar, heißt es in der Studie. Volkswirtschaftlich sei nur ein recht begrenzter Effekt zu erwarten. Allerdings profitiere Deutschland indirekt auch durch die EU-Aufbaupläne anderer Mitgliedsstaaten. Die geplanten Projekte sollen zu 40 Prozent dem Klimaschutz dienen, zu 50 Prozent die Digitalisierung voranbringen. Vorgesehen ist zum Beispiel, die Entwicklung von Wasserstoff-Technologie mit 2,2 Milliarden Euro und die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung mit 3 Milliarden Euro zu fördern. Auffällig ist laut Rietzler und Watt der Fokus auf die Automobilindustrie: 1,9 Milliarden sind für Digitalisierungsprojekte in dieser Branche eingeplant, 2,5 Milliarden Euro als Kaufprämien für Elektroautos. Alles in allem werde der Aufbauplan zum größten Teil nicht zum Anlass für zusätzliche Investitionen genommen, sondern dafür, bereits geplante Vorhaben umzubuchen. Immerhin trage das zur Entlastung der öffentlichen Haushalte bei.

Grundsätzlich, so die Expertin und ihr Kollege, brauche Deutschland eine nachhaltige Investitionsstrategie, die sich an langfristigen Zielen orientiert und nicht allein an der Budgetsituation. Besonders die Kommunen seien auf Planungssicherheit angewiesen, um Kapazitäten für mehr Investitionen aufbauen zu können. Daher sollten die EU-Fiskalregeln reformiert und die Fixierung auf starre Schuldengrenzen aufgegeben werden. <

Quelle: Katja Rietzler, Andrew Watt: Public Investment in Germany: Much More Needs to Be Done, in: Floriana Cerniglio, Francesco Saraceno, Andrew Watt (Hrsg.): The Great Reset, European Public Investment Outlook 2021, Cambridge, Open Book Publishers, November 2021
[Link zur Studie](#)



Hans Böckler
Stiftung

Weitem nicht dafür ausreichen werden, den Investitionsrückstand auszugleichen.

Den größten Substanzverlust machen Rietzler und Watt bei den öffentlichen Gebäuden aus: Hier seien die Nettoinvestitionen zwischen 2003 und 2015 durchgehend negativ gewesen. Das Problem betreffe vor allem die Gemeinden, die sich unter anderem um Schulgebäude und Straßen kümmern und gut 60 Prozent sämtlicher Bauinvestitionen tätigen. Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg seien die staatlichen Bauinvestitionen 2020 infolge der Corona-Pandemie wieder gesunken, aktuell befänden sie sich immer noch unter dem Vorkrisenniveau. Auch auf anderen Feldern habe die Dynamik nachgelassen.

Begrüßenswertes Konjunkturpaket

Grundsätzlich zu begrüßen ist laut der IMK-Analyse vor diesem Hintergrund das Konjunktur- und Zukunftspaket, das die Bundesregierung im Juni 2020 geschnürt hat. Dieses Paket sieht unter anderem Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung und Gesundheitswesen in Höhe von insgesamt 57,8 Milliarden Euro vor.

Diese Summe erscheine zwar auf den ersten Blick beeindruckend, schreiben Rietzler und Watt. Sie entspreche aber nur etwa 12 Prozent des Investitionsbedarfs von 457 Milli-

Frauen kommen in der Coronakrise zu kurz

Die Hilfsprogramme der Bundesregierung konnten Einkommen und Arbeitsplätze sichern. Frauen dürften sie aber weniger genützt haben als Männern.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise könnten die Unterschiede zwischen den Geschlechtern vergrößert haben. So ist absehbar, dass 38 Prozent der Maßnahmen eher Männern zugutekommen als Frauen, während nur 21 Prozent mehr den Frauen als den Männern nutzen dürften. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom WSI geförderte Studie der Berliner Forscherin Regina Frey.

Die drei zentralen Corona-Hilfspakete der Bundesregierung umfassen der Untersuchung zufolge 108 abgrenzbare Einzelmaßnahmen. Dazu zählen die Ausweitung des Kurzarbeitsgeldes ebenso wie der Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende oder der Kinderbonus, die Innovationsprämie für E-Autos wie die Förderung von Gebäudesanierungen, Unterstützungszahlungen für Selbstständige oder die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Bei 86 der Maßnahmen konnte die Forscherin einen direkten Nutzen für bestimmte Personengruppen identifizieren. Hierzu zählen beispielsweise die Milderung von Einkommensausfällen aufgrund der Schließung von Betreuungsangeboten, Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung in der akuten Krise, Investitionen, aber auch Kredite, staatliche Garantien. Die Studie beruht auf plausibilisierten Annahmen zur Wirkung der Maßnahmen, denn bisher sind kaum Auswertungen zur tatsächlichen Inanspruchnahme der Hilfen und Förderungen zugänglich.

Ob das jeweilige Instrument Frauen und Männern annähernd gleichermaßen nutzt oder einem Geschlecht mehr nutzen kann als dem anderen, ermittelte die Forscherin anhand unterschiedlicher Parameter. Beispiel Kurzarbeitsgeld: Es wird häufiger von Männern in Anspruch genommen als von Frauen. Hinzu kommt, dass die Lohnersatzleistung einen festen Prozentsatz des ausgefallenen Nettoeinkommens ersetzt. Das ist bei vielen verheirateten Frauen niedriger als bei Männern mit gleichem Bruttoeinkommen, weil sie die besonders ungünstige Steuerklasse V haben. Zudem verdienen Frauen insgesamt im Durchschnitt weniger und arbeiten besonders häufig in Minijobs, in denen kein Anspruch auf Kurzarbeitsgeld entsteht.

Unter dem Strich kommt die Auswertung zu dem Ergebnis, dass beide Geschlechter von 35 der 86 Maßnahmen annähernd gleich stark profitieren dürften. In 33 Fällen dürfte

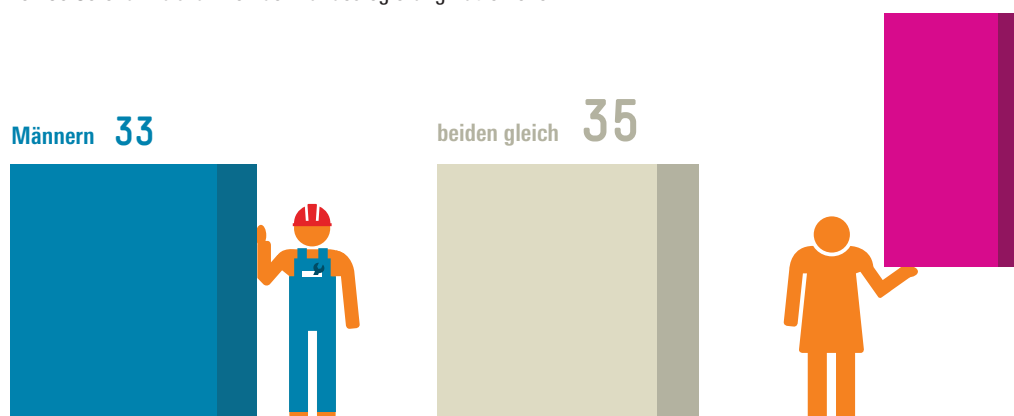
der absehbare Nutzen eher bei den Männern liegen. Lediglich bei 18 Maßnahmen ist zu erwarten, dass sie Frauen stärker als Männern zugutekommen. Die Maßnahmen, die eher Männern nutzen, umfassen oft ein besonders großes finanzielles Volumen. Rund zwei Drittel der eingesetzten rund 600 Milliarden Euro, die sich 78 der 86 Maßnahmen direkt zuordnen lassen, flossen oder fließen in Instrumente, die Männern erwartbar mehr nutzen als Frauen, nur 7 Prozent des Volumens kommen wahrscheinlich Frauen stärker zugute als Männern. Auch längerfristige positive Beschäftigungseffekte durch Investitionen sind vor allem in Branchen zu erwarten, in denen bislang deutlich mehr Männer als Frauen arbeiten.

„Auch wenn die Entscheidungen unter hohem Zeitdruck erfolgen mussten, wurde die unbedingt notwendige und längst vorgeschriebene Abschätzung von Gesetzesfolgen auf die Gleichstellung ausgerechnet bei diesen Multi-Milliarden-Paketen offenbar nicht effektiv vorgenommen“, sagt WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch. Dies sei ein Beispiel für eine geschlechterblinde Politik, wie es sie im Jahr 2021 eigentlich nicht mehr geben sollte.

Für die neue Bundesregierung gebe es in Sachen Gleichstellungspolitik viel zu tun. Dazu zählt Kohlrausch nicht nur eine bessere Evaluierung von Gesetzesfolgen, sondern auch

Frauen haben weniger von Corona-Maßnahmen

Von 86 Corona-Maßnahmen der Bundesregierung nützen eher ...



Quelle: Frey 2021

Hans Böckler
Stiftung

eine Politik, die „mehr existenzsichernde Beschäftigung für Frauen“ fördere. Dazu gehöre neben weiteren Investitionen in öffentliche Kinderbetreuung und das Sozial- und Gesundheitswesen insgesamt auch der Abbau von falschen Anreizen wie der Privilegierung von Minijobs und dem Ehegattensplitting. <

Quelle: Regina Frey: Analyse von drei Maßnahmen-Paketen des Bundes zur Bewältigung der Coronakrise aus Gleichstellungsperspektive, WSI-Study Nr. 29, November 2021 [Link zur Studie](#)

Im Corona-Stress

Die Pandemie hat das Arbeitsleben dramatisch verändert.

Wo es aus Sicht der Beschäftigten hakt, zeigt der DGB-Index Gute Arbeit.

Maske, Testen, Videokonferenz. Neue Arbeitsabläufe, neue Technik – und die Angst vor einer Infektion. Corona hat die Arbeitswelt gründlich durcheinandergebracht. Wie die Beschäftigten mit den Veränderungen zurechtkommen, zeigt eine Befragung von gut 6400 Arbeitnehmerinnen und Ar-

sonders viele persönliche Kontakte durch digitale ersetzt worden sind, liegt der Anteil 8 Prozentpunkte höher. Den Forschern zufolge, die die Befragung ausgewertet haben, „ein Hinweis darauf, dass die intensive Nutzung digitaler Kommunikation eine eigenständige Belastungsquelle darstellt“. Insgesamt haben 59 Prozent der Befragten persönliche Kontakte im Betrieb zumindest teilweise durch digitale ersetzt.

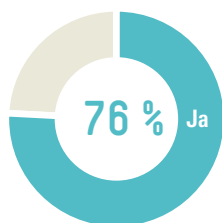
Im Homeoffice arbeiteten im Befragungszeitraum 23 Prozent der Beschäftigten sehr häufig, 59 Prozent nie und die übrigen gelegentlich. Dabei konstatiert ein Drittel der daheim Arbeitenden, die Belastung habe durchs Homeoffice zugenommen, während 15 Prozent darin eine Erleichterung sehen. Besonders häufig unzufrieden sind Beschäftigte im Homeoffice, denen der Platz zum Arbeiten fehlt, die sich nicht angemessen geschult und bei technischen Problemen unterstützt fühlen oder die nebenbei Kinder betreuen müssen.

Die Qualität der Arbeitsbedingungen liegt laut DGB-Index 2021 auf dem Niveau des Vorjahres. Der seit 2012 leicht positive Trend ist damit ungebrochen. <

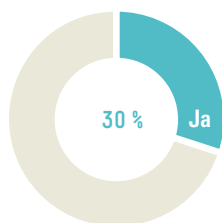
Quelle: DGB-Index Gute Arbeit, Report 2021, Unter erschwerten Bedingungen – Corona und die Arbeitswelt, November 2021 [Link zur Studie](#)

Arbeiten in Corona-Zeiten: Was Beschäftigte sagen

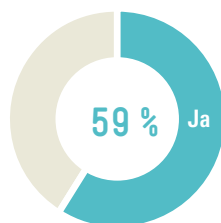
„Vor dem Corona-Virus fühle ich mich bei der Arbeit gut geschützt.“



„Die Arbeit ist durch den Infektionsschutz deutlich schwieriger geworden.“



„Persönliche Kontakte im Betrieb wurden durch digitale Kommunikation ersetzt.“



Quelle: DGB-Index 2021

Hans Böckler
Stiftung

beitnehmern im ersten Halbjahr 2021. Die im DGB-Index Gute Arbeit zusammengefassten Antworten ergeben ein differenziertes Bild. Die Maßnahmen der Betriebe zum Infektionsschutz haben das Risiko einer Ansteckung am Arbeitsplatz nach Ansicht einer breiten Mehrheit stark verringert. Die Arbeitsbelastung ist dadurch jedoch häufig gestiegen. Und: Die Pandemie betrifft keineswegs alle Berufsgruppen in gleicher Weise.

So berichten insgesamt 30 Prozent der Beschäftigten von einer großen Arbeiterschweren durch Corona, in Berufen mit vielen Sozialkontakten und körperlich anstrengenden Berufen liegen die Quoten mit 36 beziehungsweise 37 Prozent merklich höher. Nicht ausreichend vor einer Ansteckung geschützt fühlen sich 57 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher, aber nur ein Zehntel der Marketing-Leute. Letztere können zu 88 Prozent im Homeoffice arbeiten, in Verkaufsberufen hingegen nur 5 Prozent.

Von der Digitalisierung der Kommunikation und Produktion ist ein großer Teil der Beschäftigten betroffen. 46 Prozent müssen sich seit Beginn der Pandemie mit neuer Software und 24 Prozent mit neuen Geräten auseinandersetzen. In den meisten Fällen wird Corona dabei als Anlass für die Einführung neuer Technik gewertet. Ein gutes Viertel klagt über zu wenig Hilfestellung beim Umgang damit.

Für 35 Prozent bedeutet die verstärkte Nutzung digitaler Technik bei der Kommunikation mit Kolleginnen und Vorgesetzten eine Belastungszunahme – bei Jobs, in denen be-

Bessergestellte bleiben daheim

Oft im Homeoffice arbeiten von den Beschäftigten mit ...

Hilfstätigkeit



Berufsausbildung



Meister-, Techniker-, Bachelorabschluss



Master, Diplom, Promotion



Quelle: DGB-Index 2021

Hans Böckler
Stiftung

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-631

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns
eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen:
www.boeckler.de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung
Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

CORONAKRISE

Booster für den Arbeitsschutz

Die Pandemie hat dem Arbeitsschutz deutlich mehr Aufmerksamkeit verschafft. Viele Unternehmen wollen künftig mehr Augenmerk darauf legen. Laut einer Befragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) wollen knapp zwei Drittel der Betriebe den Arbeitsschutz bei betrieblichen Entscheidungen stärker berücksichtigen. Etwa drei Viertel von ihnen wollen dabei die Beschäftigten künftig stärker beteiligen.

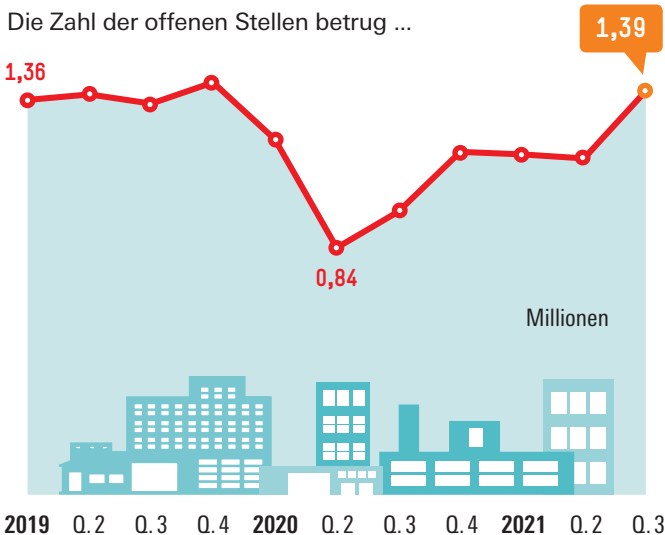


Quelle: BAuA, November 2021 [Link zur Studie](#)

ARBEITSMARKT

Wieder auf Vorkrisenniveau

Die Zahl der offenen Stellen betrug ...



Quelle: IAB, November 2021 [Link zur Studie](#)

GLEICHSTELLUNG

Akademikerinnen bleiben auf der Strecke

An deutschen Hochschulen betrug der Frauenanteil 2020 bei ...

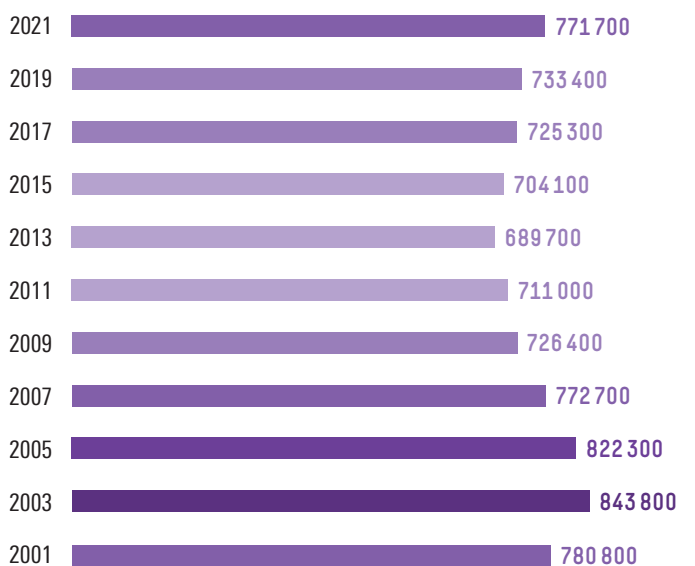
Studierenden im ersten Semester	52 %
abgeschlossenen Promotionen	45 %
abgeschlossenen Habilitationen	35 %
hauptberuflichen Professuren	26 %

Quelle: Destatis, November 2021 [Link zur Studie](#)

BILDUNG

Zahl der Erstklässler steigt wieder

So viele Kinder wurden eingeschult ...



Quelle: Destatis, November 2021 [Link zur Studie](#)